



Aktiv gegen die Hartz-Reise in die weitere Spaltung der Gesellschaft

PDS AG Betrieb & Gewerkschaft zu den sozialen Herausforderungen 2003

Zu den aktuellen Herausforderungen für die PDS und die Gewerkschaften erklärt das Bundestreffen der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft am 1./2. März 2003 in Magdeburg:

Zur Ausgangslage

Schon vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen ist Bundeswirtschaftsminister *Clement* am 16. Januar 2003 auf die CDU zugegangen in dem er, entgegen allen Wahlversprechen offensiv für eine Aufweichung des Kündigungsschutzes geworben hat.

Damit wird eine SPD-Linie fortgesetzt, die mit dem Hartz-Konzept nicht nur die Situation der Arbeitslosen verschlechtert, sondern auch mit einer bewussten Ausweitung des Niedriglohnsektors eine weitere Spaltung der Gesellschaft vorantreibt

Bei diesen Landtagswahlen hat die SPD eben für eine solche neoliberale Politik die Quittung erhalten, indem Stammwähler zu Hause geblieben sind und andere gleich die Originale CDU und FDP gewählt haben.

Diese Stärkung von CDU und FDP hat dazu geführt, dass ein weiteres Zugehen von *Clement* auf die CDU und FDP bewirkt wurde und allesamt von Westerwelle(FDP), Mertz (CDU), Simonis (SPD) bis zu den Bündnisgrünen die Gewerkschaften als die Hauptgegner entdeckt haben, die es nun zu schwächen gelte, damit „im Arbeitsrecht aufgeräumt“ wird.

Es soll im Arbeitsrecht, bei der Krankenversicherung mit der Rürup-Kommission und weiteren Maßnahmen eine Beseitigung der noch vorhandenen Reste des Sozialstaates betrieben werden.

Die Gewerkschaften haben mit dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst einen Achtungserfolg erzielt. Vor allem die endlich festgeschriebene Angleichung Ost ist hier als ein politischer Erfolg der Gewerkschaften zu werten.

In diesem Konflikt ist für Linke und GewerkschafterInnen deutlich geworden, dass künftige Lohnrunden noch stärker mit politischen Zielsetzungen untersetzt werden müssen. Es muss über die Einnahmeseite der Öffentlichen Haushalte gesprochen werden, ebenso über die Finanzpolitik der Bundesregierung, die nicht nur die Länder und Gemeinden schwächt, sondern auch verantwortlich ist für die Senkung der Massenkaukraft. Dabei ist die fehlende Binnennachfrage eine der Hauptursachen der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Daraus ergeben sich für uns folgende Schlussfolgerungen:

Aktive Kooperation mit Gewerkschaften und attac

Die PDS muss als sozialistische Partei bei der Verteidigung sozialer Standards eigene, zukunftsfähige Ideen entwickeln. Daher begrüßen wir die vom Parteivorstand ins Leben gerufene PDS-Kommission zur Gesundheitsreform, die aus unserer Sicht inhaltliche Beiträge zur Verteidigung des Solidarprinzips in der Krankenversicherung weiterentwickeln und in die Öffentlichkeit bringen muss.

Ebenso klar ist für die PDS AG Betrieb & Gewerkschaft auch, dass die PDS zu einer aktiven, bewussten Kooperation mit den Gewerkschaften, sowie mit *attac* kommen muss, den beiden wichtigsten Bündnispartnern für den Erhalt sozialer Rechte.

Wir selbst werden durch unsere aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften, unsere Kooperation als AG im Netzwerk der Gewerkschaftslinken diesen Prozess befördern. Im Mai werden wir ein Bundestreffen zur Gesundheitspolitik durchführen.

Die aktive Kooperation mit Gewerkschaften darf nicht auf AG Betrieb & Gewerkschaft beschränkt bleiben. Sie muss durch die PDS in ihrer Gesamtheit getragen werden.

Gegen die Hartz-Reise in die Spaltung der Gesellschaft

Mit der Umsetzung des Hartz-Konzepts verschlechtert die Bundesregierung die Lage der Arbeitslosen. Der Niedriglohnbereich wird massiv ausgeweitet und die Zukunftschancen der Jugend zu verringern sich. Ferner werden die materiellen Grundlagen für die Sozialversicherungen durch das Hartz-Konzept durch zusätzliche Einnahmeverluste weiter geschädigt..

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors trifft letztlich nicht nur Beschäftigte mit einem „Normalarbeitsverhältnis“ sondern führt auch bei Klein- und Mittelbetrieben zu einer Existenzbedrohung.

Deshalb unterstützen wir den auch vom Parteivorstand vorgetragenen Gedanken, dass sich die PDS neben der Friedensfrage ganz entscheidend des Widerstandes gegen die Umsetzung des Hartz-Konzeptes annehmen muss.

Wir als AG Betrieb & Gewerkschaft werden mit weiteren Veranstaltungen aufklären und im bundesweiten Anti-Hartz-Bündnis weiter mitarbeiten.

Umverteilung

Wir begrüßen es, dass die Gewerkschaft *ver.di* beschlossen hat, ihre Kampagne für

eine Vermögenssteuer fortzusetzen, obwohl Kanzler Schröder diese mit der sogenannten Zinsabschlagssteuer als für erledigt erklärt hat. Hier gibt es eine Menge Gemeinsamkeiten mit Vorstellungen der PDS. Warum werden diese nicht vor Ort produktiv sichtbar gemacht?

Gerade die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst hat bewiesen, dass ohne eine Verbesserung der Einnahmeseite der Öffentlichen Haushalte weder die Einkommen der öffentlich Beschäftigten gesichert werden können, noch Länder und Gemeinden in der Lage sein werden im notwendigen Maße eine Öffentliche Daseinsvorsorge bereitzustellen.

Hier haben Gewerkschaften, Länder und Kommunen gleiche Interessen, die man auch gemeinsam vertreten kann.

Mehr – nicht weniger Rechte im Betrieb!

Schon vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen haben *Clement* (SPD), die Bündnisgrünen, CDU und FDP signalisiert, dass sie jetzt das Arbeitsrecht im Ganzen schlachten wollen.

Dazu gehören die Schwächung des Kündigungsschutzes sowie die weitere Aushöhlung der Tarifverträge. Wir bleiben dabei: Wir brauchen nicht weniger – sondern mehr Rechte im Betrieb. Gerade für Kleinbetriebe wäre ein Verbandsklagerecht für die Gewerkschaften vonnöten, denn dort stehen die abhängig Beschäftigten am meisten unter Druck.

Von der PDS erwarten wir, dass sie sich konsequent für die Verteidigung sozialer und demokratischer Schutzrechte stark macht, wie es die PDS-Bundestagsfraktion der Vergangenheit getan hat.

Ferner erwarten wir, dass die PDS in den Ländern Berlin/Brandenburg/Sachsen und Sachsen-Anhalt die Tarifrunde der IG Metall 2003 zu einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35-Stunden aktiv unterstützt, wie es auf dem Geraer Parteitag beschlossen wurde.

Kein „Bündnis für Arbeit“ in neuer Form

Von den Gewerkschaften erwarten wir, dass sie sich offensiv für ihre Forderungen einsetzen und entsprechende Kampagnen entwickeln. Lehrstellen werden nicht durch Gespräche beim Kanzler geschaffen, in denen irgendwelche Tauschgeschäfte signalisiert werden. Erforderlich ist eine Ausbildungsplatzabgabe, mit der Ausbildungsplätze finanziert werden können.

Der Kündigungsschutz und das Arbeitsrecht werden nicht in Kaminrunden beim Kanzler verteidigt, sondern durch Aufklärung und aktives Einbeziehen der Mitgliedschaft.

Warum wird nicht, (wie 1998) wieder eine Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ geführt um zu einem Politikwechsel beizutragen?